

Gemeinde Bestwig

Beglaubigter Beschlussauszug

öffentliche Sitzung des Rates der Gemeinde Bestwig vom 21.12.2016

Top 12 Entwurf der Haushaltssatzung mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2017 und 2. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2017

Zur Beratung und Entscheidung gelangt der Sachverhalt gemäß Verw.-Vorlagen Nr. 075/2016 + 082/2016 sowie Tischvorlage Nr. 087/2016 (1. Veränderungsliste).

Bürgermeister Ralf Péus verweist zunächst auf die o.g. Verw.-Vorlagen. Der Entwurf der Haushaltssatzung wurde am 23.11.2016 eingebracht und in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 07.12.2016 – nach Vorstellung in einer gemeinsamen Sitzung der Mitglieder des Rates / der Ausschüsse am 24.11.2016 – beraten.

Der **Leiter des Hauptamtes und Finanzverwaltung, Herr Klaus Kohlmann**, stellt kurz die Veränderungen seit der Haupt- und Finanzausschusssitzung vor, welche in der Tischvorlage Nr. 087/2016 erläutert sind. Hierbei handelt es sich um

1. Produkt 01.01 Unterstützung der Politischen Gremien
 - Reduzierung Sitzungsgelder aufgrund Verzicht auf zusätzliche Aufwandsentschädigungen für Ausschussvorsitzende (- 6.876 €)
 - Erhöhung des Ansatzes für Aufwandsentschädigungen für (stellv.) Fraktionsvorsitzende aufgrund der Änderung der Entschädigungsverordnung (+ 3.834 €)

2. Produkt 04.04 Bergbaumuseum Ramsbeck

Aufgrund des beschlossenen Wirtschaftsplanes bzw. des neuen Gesellschaftsvertrages ergeben sich folgende Änderungen:

- Kostenerstattung - Ertrag für Verwaltungsleistungen (+ 3.500 €)
- Zuschuss – Transferaufwand (+ 4.899 €)

3. Produkt 16.01 Verwaltung der allgemeinen Finanzmittel

- Schlüsselzuweisungen vom Land (+ 27.053 €)
- Kreisumlage (- 114.660 €)
- Jugendamtsumlage (+ 5.054 €)

Sodann erteilt Bürgermeister Ralf Péus dem **Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion, Ratsmitglied Winfried Gerold**, das Wort. Dieser hält folgende Haushaltsrede:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates, verehrte Gäste,

heute haben wir einen Haushalt zu verabschieden, der mit fast 1,6 Mio € wie bereits im vergangenen Jahr einen deutlichen Fehlbetrag aufweist. Im dritten Jahr der Haushaltssicherung hat sich die Lage also trotz aller Sparmaßnahmen nicht verbessert.

Änderungsvorschläge zum Haushalt wurden nach Diskussion in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses fraktionsübergreifend nicht vorgebracht, so dass ich mich auf die Kommentierung einiger wichtiger Positionen des Haushaltes beschränken kann.

Beginnen möchte ich mit den Renaturierungsmaßnahmen der Fluss- und Bachläufe. Diese schreiten im kommenden Jahr mit den Arbeiten an Elpe und Valme weiter voran.

1,1 Mio € sind für die Arbeiten veranschlagt, von denen die Gemeinde jedoch lediglich 10 % der Kosten trägt. Zu diesen Maßnahmen gibt es immer wieder Diskussionen mit einzelnen Bürgern, daher möchte ich bei dieser Gelegenheit kurz die Wichtigkeit dieser Maßnahmen in Erinnerung rufen: Flussbegradigungen und Kanalisierungen der Fließgewässer waren Fehler aus der Vergangenheit. Diese müssen nun mit erheblichem Aufwand wieder korrigiert werden. Nur so können Schäden durch die Häufung von Starkregenereignissen infolge des Klimawandels in Grenzen gehalten werden.

Die bisher umgesetzten Maßnahmen in unserer Gemeinde wurden von den Bürgerinnen und Bürgern überwiegend positiv angenommen und entwickeln sich als Nebeneffekt immer weiter zu attraktiven Oasen in der Natur. In Velmede-Bestwig beispielsweise hat sich die Ruhr inzwischen zu einem beliebten Ziel für Familien und Senioren entwickelt.

Das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz des Bundes ermöglichte uns, wichtige Maßnahmen zur Substanzerhaltung und Energieeinsparung unserer Gebäude durchzuführen. Mit den in 2017 geplanten Maßnahmen in der Turnhalle Ostwig, der Turn- und Schwimmhalle in Velmede, der Grundschule in Ramsbeck sowie einem neuen Heizkessel in der Grundschule in Nuttlar sind die zur Verfügung stehenden Mittel damit leider annähernd aufgebraucht.

Die Erneuerung der Sanitärräume in der Turnhalle Nuttlar ist ebenfalls geplant, sodass wir danach den Zustand unserer Gebäude insgesamt als zufriedenstellend bezeichnen können. Größerer Sanierungsaufwand wird in den kommenden Jahren jedoch noch im und am Schulzentrum auf uns zukommen.

Die Fachräume für Chemie und Physik stammen noch aus dem Jahr 1977 und bedürfen dringend einer Erneuerung. In 2017 sind hier 125.000 € geplant und in 2018 nochmals der gleiche Betrag. Das ist viel Geld, moderne Technikräume gehören aber zum Standard einer zeitgemäßen Schule. Somit finden auch diese Investitionen unsere Unterstützung.

Der Feuerschutz mit der sachgerechten Ausstattung unserer Feuerwehr ist und bleibt eine der wichtigsten gemeindlichen Aufgaben. Die Investitionen unter anderem in neue Fahrzeuge betragen in 2017 mit 430.000 € jedoch ein Mehrfaches der vom Land erstatteten Pauschale.

Die Unterhaltung unserer Straßen bleibt eine teure Daueraufgabe. Neben der Brückensanierung der Valmebrücke zur Pfarrer-Schuppmann-Str. in Ramsbeck

mit 30.000 € stehen 132.600 € für Unterhaltungsmaßnahmen zur Verfügung. Das ist ein beachtlicher Betrag, wäre bei einer besseren Finanzlage aber sicher deutlich höher ausgefallen.

Durch die in den letzten Jahren bereits durchgeführten und geplanten Sanierungsmaßnahmen konnten jedoch bereits einige Probleme beseitigt werden. Anliegerbeiträge nach dem Kommunalabgabengesetz von mehreren tausend Euro pro Grundstück werden aufgrund der Nichtveranlagung von Anwohnern an den Kreis-, Landes- und Bundesstraßen von vielen als ungerecht empfunden. Das ist in der Tat schlecht nachvollziehbar, ich muss aber auch darauf hinweisen, dass die Gesetzgebung des Landes uns keine andere Möglichkeit lässt. Der Aufbau der teilweise 50-jährigen Straßen hält dem massiv gestiegenen Verkehrsaufkommen mit immer schwereren Fahrzeugen nicht mehr stand. Hier sind also echte Sanierungen mit Verstärkungen des Unterbaus notwendig, einfache Decken-Erneuerungen im Rahmen von Unterhaltungsmaßnahmen sind oftmals keine Lösung mehr.

Um die finanzielle Gesamtentwicklung der Gemeinde darstellen zu können, benötigt man neben einem Blick auf die Planung des nächsten und der folgenden Jahre einen Blick auf die maßgebenden Positionen der vergangenen Jahre, so können Sonder- oder Einmaleffekte einzelner Jahre relativiert werden.

Schauen wir uns diese an einigen Aufwandspositionen an:

Die Kosten für Planungen und Bauleitpläne steigen, dies ist im Besonderen auf die Flächennutzungsplanänderung zur Steuerung der Windenergie zurückzuführen, wie sie vom Rat der Gemeinde gewünscht und beschlossen wurde. Auch wenn die Sach- und Dienstleistungen mit 3,5 Mio € in 2017 gegenüber dem Vorjahr sogar etwas sinken werden, darf eine deutliche Steigerung in den letzten Jahren nicht verkannt werden.

Die Personalkosten steigen jährlich durch Besoldungserhöhungen und Versorgungsaufwendungen um etwa 100.000 € und liegen derzeit bei rund 3,9 Mio €, das entspricht knapp 20 % der Gesamtaufwendungen.

Zu den freiwilligen Leistungen der Gemeinde gehören als größere Positionen der Betrieb des Besucherbergwerkes, dessen Zuschussbedarf zwar zu 50 % durch den Hochsauerlandkreis getragen wird, aufgrund der Übernahme des Untertagebereiches von der Sachtleben AG inzwischen jedoch auf über 100.000 € / Jahr gestiegen ist. Ohne Möglichkeit der Einfahrt in den Berg würde das Bergwerk jedoch massiv an Attraktivität und damit Besuchern verlieren.

Die mit Meschede gemeinsam betriebene touristische Arbeitsgemeinschaft (TAG) nützt angesichts des breiten Betätigungsfeldes nicht nur dem heimischen Hotel- und Gaststättengewerbe, sondern auch unmittelbar den heimischen Bürgerinnen und Bürgern. Die Attraktivität unserer Kommunen wird durch viele Maßnahmen gesteigert. Ich denke hier unter anderem an die Beteiligungen an der Bike- oder Wintersportarena, Radwegen wie dem Ruhrtalradweg, Wanderwegen wie der Waldroute und, und, und. Die TAG steht für die CDU-Fraktion daher derzeit nicht zur Disposition, wenngleich unser Beitrag mit 105.000 € im Jahr nicht unerheblich ist.

Bei den freiwilligen Leistungen sprechen wir über Beträge, die alle zusammen bei Weitem unter dem diesjährigen Haushaltsdefizit liegen. Selbst bei ausschließlicher Erledigung unserer Pflichtaufgaben würde also noch ein Minus im Ergebnisplan stehen. Gerade deswegen muss wie bereits in den letzten Jahren jeder Euro mehrfach umgedreht werden, bevor er ausgegeben wird.

Die größten Positionen auf der Ausgabenseite sind die, die wir nicht selbst beeinflussen können. Hier handelt es sich vornehmlich um die sogenannten Transferaufwendungen.

Die Kreis- und Jugendamtsumlage steigen weiter, inzwischen müssen wir jährlich über 7 Mio € dafür überweisen. Zwar wurde die im Kreishaushaltsentwurf angekündigte Erhöhung durch den Kreistag etwas abgemildert, eine umso deutlichere Erhöhung müssen wir jedoch bei der Jugendamtsumlage hinnehmen. Wir können hier nur auf das Versprechen des Landrates und unserer Kreistagsmitglieder vertrauen, den Kreishaushalt nach weiteren Einsparmöglichkeiten zu durchforsten und notwendige Konsolidierungsmaßnahmen einzuleiten.

Bei den Einnahmen verzeichnen wir zwar Steigerungen beim Gemeindeanteil an der Umsatz- und Einkommensteuer, diese werden durch steigende Ausgaben jedoch mehr als egalisiert.

Gründe für die Misere finden sich beispielsweise im Gemeindefinanzierungsgesetz. Hier geht es in erster Linie um die Schlüsselzuweisungen, die als Ausgleich für Kommunen mit niedriger Steuerkraft dienen. Zu diesen Kommunen gehört mit unterdurchschnittlichen Gewerbesteuerereinnahmen auch unsere Gemeinde.

Die in den letzten Jahren durch die rot-grüne Mehrheit beschlossenen Änderungen bedeuten eine massive Umverteilung dieser Gelder von ländlichen Kommunen hinein in die Städte. Wer dann noch zu den Gemeinden mit kleiner Fläche wie Bestwig zählt, erhält kaum einen Ausgleich durch den Flächenansatz und ist damit in negativer Weise besonders betroffen.

Die bereits in den letzten Jahren immer wieder kritisierte „Einwohnerveredelung“ mit der deutlichen Bevorteilung einwohnerstarker Städte wird trotz Kritik durch den Städte- und Gemeindebund auch in 2017 nicht geändert.

Es bleibt die Hoffnung, dass der Muttertag 2017 nicht nur ein schöner Tag für unsere Mütter, sondern auch ein guter Tag für das Land NRW wird. Nach einem möglichen Regierungswechsel bei den an diesem Tag stattfindenden Landtagswahlen hoffen wir auf baldige Korrektur der Gemeindefinanzierung, denn Schlüsselzuweisungen nach den alten Berechnungsgrundlagen hätten uns nicht in diese prekäre Lage gebracht.

In der Summe fehlen uns im Haushalt 2017 am Ende die bereits genannten 1,6 Mio €. Ein Betrag, bei dem die Ausgaben die Einnahmen um fast 10 % übersteigen. Auch in den kommenden Jahren sind Fehlbeträge um die 1 Mio € prognostiziert.

Was für einen privaten Haushalt gilt, gilt auch für einen Gemeindehaushalt.

Regelmäßige Fehlbeträge führen zu Substanzverlust und durch den fortlaufenden Verzehr unseres Eigenkapitals letztendlich faktisch in den Ruin.

Wir teilen angesichts dieser Rahmenbedingungen die Aussage des Bürgermeisters im Rahmen der Einbringung des Entwurfes, dass dieser Haushalt kaum Einsparungen zulässt. Das Beispiel mit dem trockenen Schwamm war da schon passend.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie bereits in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses beraten, möchten wir in 2017 auch angesichts der Erhöhung der Abwassergebühren auf Grund- und Gewerbesteuererhöhungen verzichten und werden dem Entwurf heute so zustimmen.

Gestatten Sie mir aber noch einige Anmerkungen zum Haushaltssicherungskonzept:

Dass dieser Haushalt genehmigungsfähig sein wird, liegt nicht an einer positiven Entwicklung in Bestwig sondern vielmehr an den Vorgaben des Haushaltsrechtes

in NRW. Danach muss in einem 10-Jahres-Zeitraum ein struktureller Haushaltsausgleich geschaffen werden, für uns ist dies das Jahr 2025.

Die vom Land kalkulierten Steigerungsraten betragen bei den Kosten für Sach- und Dienstleistungen, Personalausgaben und Transferaufwendungen wie die Kreis- und Jugendamtsumlage jeweils 1 % pro Jahr.

Betrachtet man jedoch den Durchschnitt der letzten Jahre, sieht die Realität etwas anders aus. Die Steigerungen bei den angesprochenen Positionen waren teilweise deutlich über diesen Sätzen. Die Kreis- und Jugendamtsumlage ist in den letzten 5 Jahren sogar besonders stark gestiegen.

Bei Änderung der Steigerungsraten bei den genannten drei Positionen auf 2 % jährlich landen wir im Jahr 2025 nicht auf dem vom Land geforderten Plus, sondern in einem sechsstelligen Defizit.

Zusätzlich sind die Gewerbesteuereinnahmen nach Jahren guter Steigerungen wieder gesunken und wir werden in 2017 mit voraussichtlich nur noch 4,7 Mio € den tiefsten Stand seit 2011 erreichen. Entgegen dem allgemeinen Trend ist in Bestwig auch in naher Zukunft kaum Besserung in Sicht.

In der Summe sprechen wir also von massiven Defiziten, die auszugleichen sind. Für die Lösung dieser Gleichung stehen uns zwei Instrumente oder eine Kombination dieser zur Verfügung.

- Steigerung der Einnahmen und oder
- Verringerung der Ausgaben

Da die Landtagswahl leider nicht nur in Bestwig entschieden wird, bliebe als sichere Möglichkeit der Einnahmesteigerung nur die Erhöhung der gemeindlichen Steuern. Die Gewerbesteuer ist jedoch bereits auf einem überdurchschnittlichen Satz. Eine weitere deutliche Steigerung würde die Wettbewerbsfähigkeit Bestwiger Unternehmen im Vergleich zu vielen mit niedrigeren Steuersätzen schwächen. Am Ende könnten sie womöglich das Gegenteil der benötigten Mehreinnahmen bewirken.

Die Grundsteuern sind ebenfalls bereits auf einem im HSK überdurchschnittlichen Satz. Die bis 2025 notwendige Erhöhung würde zu einer massiven Mehrbelastung für die Bürgerinnen und Bürger führen.

Die Ausgaben lassen sich, wie bereits ausgeführt, aufgrund der durch die Gemeinde nicht beeinflussbaren Faktoren leider nicht in der erforderlichen Größenordnung reduzieren.

Wie sehr eine mittelfristige Finanzplanung von den tatsächlichen Ergebnissen abweichen kann, zeigen die Vergleiche der der Planwerte vergangener Jahre mit den tatsächlichen Jahresergebnissen.

Prognosen sind durch Faktoren, die von außen kommen und nicht von uns beeinflusst werden können, immer schwierig. Beispiele sind Steuerschwankungen und Sondereffekte wie zum Beispiel durch die Flüchtlingssituation, bei denen uns das Land die durch vom Bund erhaltenen Kostenerstattungen nicht in der notwendigen Höhe weiterreicht. So vergrößert sich ein Defizit eines Jahres schnell um sechsstelligen Beträge.

In dem Wissen, dass Prognosen über mehrere Jahre unsicher sind, sollten wir uns in unserem politischen Handeln nicht am bestcase orientieren, auch wenn es kurzfristig der bequemste Weg sein mag.

Zumindest im Hinterkopf sollte die Entwicklung der Standardpositionen im Haushaltssicherungskonzept mit langjährigen Erfahrungswerten hinterlegt sein, damit notwendige Veränderungen rechtzeitig eingeleitet werden können.

Eine Übertragung von wichtigen wie sicher auch manchmal unpopulären Entscheidungen auf zukünftige Gemeinderäte ginge zu Lasten unserer jungen Generation und wäre damit egoistisch und unsozial.

Ein abwartendes Vorgehen käme in meinen Augen einer vom Land vorgegebenen zumindest zeitlichen Problemverschiebung gleich.
Von der aktuellen Landesregierung gab und gibt es jedenfalls keine auskömmliche Finanzierung der Kommunen, wie es in den meisten anderen Bundesländern selbstverständlich ist.

Die Aufgaben einer Kommune werden immer komplexer, eine effiziente Erledigung dieser wird von einer Kommune mit finanziell vergleichsweise ungünstigen Rahmendaten damit nicht einfacher. Unsere Bevölkerung hat sich seit ihrem Höchststand bisher um mehr als 1000 Einwohner verringert. Betrachtet man die Zahl der Grundschüler, deren Zahl seit 2008 sogar um 30 % gesunken ist, wird sich der Rückgang der Einwohnerzahlen wie übrigens in fast allen ländlichen Kommunen auch zukünftig weiter fortsetzen.

Die Kosten für den Erhalt unserer Infrastruktur wie Straßen, Wege, Wasser- und Kanalnetz sowie Schulen müssen folglich auf immer weniger Schultern verteilt werden, die Kosten für jeden Einzelnen von uns also folglich steigen.

Wie bereits in meinen früheren Haushaltsreden immer wieder thematisiert, sollten wir aus meiner persönlichen Sicht nach den bisher guten Erfahrungen in der interkommunalen Zusammenarbeit weitere Schritte gehen. Viele Beispiele bei Sparkassen, Volksbanken, kath. Kindergärten, den evangelischen und katholischen Kirchengemeinden und anderen Verbänden, aber auch schon in einigen Kommunen zeigen, dass hier deutliches Synergiepotential auf der Kostenseite bestehen kann.

In einer Fraktionstagung werden wir uns im kommenden März auch mit externer Beratung mit diesem Thema beschäftigen und Möglichkeiten diskutieren, die jedoch nicht zu Lasten des Bürgerservices oder der Belegschaften gehen sollten.

Im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger wollen wir die Zukunft unserer Gemeinde selbst gestalten und werden nicht den Kopf, mit Hinweis auf die für die Misere tatsächlich Verantwortlichen, abwartend in den Sand stecken.

Denn eines ist sicher: bei einem nicht mehr genehmigungsfähigen Haushaltssicherungskonzept wird es zu weiteren Restriktionen und damit unvermeidbaren weiteren Belastungen für die Bürger kommen.

Heute haben wir auch den Antrag der CDU-Fraktion zum Verzicht auf die durch das Land beschlossene zusätzliche Entschädigung für Ausschussvorsitzende behandelt. Wir möchten durch diesen Verzicht auch als Kommunalpolitiker ein Zeichen setzen und einen kleinen Beitrag zur Haushaltssicherung und den Erfolg unseres Haushaltssicherungskonzeptes leisten.

Aber auch bei allen eigenen Bemühungen werden wir in den nächsten Jahren eine Erhöhung der gemeindlichen Steuern wohl nicht vermeiden können. Wann und in welcher Dimension diese beschlossen werden müssen, hängt in diesen turbulenten Zeiten neben der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung auch von der zukünftigen Kreis-, Landes- und Bundespolitik ab.

Das entbindet uns als Letzten in der föderalen Nahrungskette jedoch nicht von unserer eigenen Verantwortung vor Ort.

- Handeln ist also angesagt, sonst werden wir behandelt

In diesem Sinne möchte ich mit bei unserem Bürgermeister Ralf Péus, Kämmerer Klaus Kohlmann sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung herzlich bedanken. Trotz der für uns schwierigen Zeiten wurde auch in diesem Jahr wieder hervorragende Arbeit geleistet.

Besonderer Dank gilt genauso allen Menschen, die sich im Jahr 2016 in unserer Gemeinde ehrenamtlich für die Gemeinschaft eingesetzt haben, sei es bei Feuerwehr, Kirchen, Vereinen oder in der Flüchtlingsbetreuung.

Auch der SPD-Fraktion sowie Julius Hahn als unserem Rats-Piraten gilt mein herzlicher Dank für die gute und konstruktive Zusammenarbeit in diesem Jahr.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Sodann nimmt der **Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Ratsmitglied Thomas Liedte**, zur Haushaltssatzung und zu den Anlagen Stellung. Er hält folgende Haushaltsrede:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Recht unspektakulär sind die Beratungen des Haushaltes 2017 am 07.12.2016 im Haupt- und Finanzausschuss erfolgt.

Entgegen den teils hitzig geführten Diskussionen der Vorjahre konnte der Ausschuss eine einstimmige Beschlussempfehlung zur Verabschiedung der Haushaltssatzung 2017 mit Anlagen und der zweiten Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2017 aussprechen.

Das hat es schon längere Zeit nicht mehr in Bestwig gegeben. So weit so gut, könnte man denken und hier das Buch zumachen. Einige Anmerkungen sind aber dennoch angebracht.

Gewisse Positionen im Haushalt sind von uns Kommunalpolitikern einfach nicht zu beeinflussen, doch wir Ratsmitglieder dürfen uns über die finanziellen Auswirkungen den Kopf zerbrechen.

Da ist wie in jedem Jahr die Sache mit der Kreisumlage und der Jugendamtsumlage, die unseren Etat einmal mehr mit einer Erhöhung belasten. Diese fällt zugegebenermaßen nicht so hoch aus, wie ursprünglich geplant gewesen war. Aber es ist nun einmal die von der Höhe her größte Ausgabeposition bei den Transferaufwendungen und hat damit eine erhebliche Auswirkung auf den Fehlbetrag des Etats 2017.

Die Schlüsselzuweisungen durch das Land Nordrhein-Westfalen werden in 2017 zwar höher als im Vorjahr ausfallen. Dies ist allerdings nur der Veränderung bei der Bemessung der eigenen Steuerkraft der Gemeinde Bestwig im Vergleichszeitraum geschuldet. Durch diese ständig angepassten Neuberechnungen und den Orientierungsdaten haben wir jedes Jahr unterschiedliche Beträge, die eine langfristige Planung erschweren.

Ich wünschte mir hier klare und feste Beträge, genauso wie ich mir anlässlich einer früheren Haushaltsrede das Einfrieren der Kreisumlage und der Jugendamtsumlage gewünscht hatte. Wünsche wird man vor Weihnachten wohl noch äußern dürfen, die Erfüllung derselben bleibt leider ein Traum oder soll ich besser sagen ein Trauma?

Träume sind Schäume, zurück zu den Fakten.

Die SPD-Fraktion hat sich mit den Eckdaten des Haushaltes 2017 befasst und sieht keine sinnvolle Reduzierung bei den Ausgaben und auch keine Verbesserung bei den Einnahmen. Diese letzteren würden sich nur durch die Erhöhung der

Realsteuern erzielen lassen. Eine Steuererhöhung, das letzte Mittel „ultima ratio“ wird den Bürgerinnen und Bürger sowie den gewerblichen Unternehmen in Bestwig erspart bleiben.

Dafür setzen die Sozialdemokraten in Bestwig auf eine verstärkte Ausgabenkontrolle, damit die Haushaltsansätze nicht überschritten werden und der Haushaltsüberschuss in 2025 gemäß der zweiten Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes (2017) auch wirklich erreicht wird.

Hier hatte ich bereits im Haupt- und Finanzausschuss als Beispiel die Fehlbeitragsabdeckung des Sauerländer Besucherbergwerks genannt und im Laufe des Jahres 2016 auf die erhöhten Ausgaben bei der Finanzierung des Dorfplatzes in Ramsbeck hingewiesen.

Als weitere Anregung sieht die SPD-Fraktion die Überprüfung des Verteilungsschlüssels bei der TAG (Touristischen Arbeitsgemeinschaft) an. Ausschlaggebend für diese nicht infrage gestellte interkommunalen Zusammenarbeit mit der Stadt Meschede war die Tatsache, dass die Erhöhung dieser Ausgaben in 2017 für Bestwig höher ausfällt, als für Meschede. Diese Überlegung soll nach unserer Meinung nach einem Bericht mit dem Geschäftsführer der TAG ergebnisoffen diskutiert werden.

Für unsere Feuerwehr nehmen wir in 2017 erneut einen ansehnlichen Betrag für die Unterhaltung, Sanierung, Investition in Geräte und Fahrzeuganschaffung in die Hand. Diese für die SPD unverzichtbare Ausgaben sind längst nicht mehr durch die Feuerschutzpauschale gedeckt. Zur Deckung dieser Beträge werden die Mittel aus den allgemeinen Haushaltsmittel genommen und vernünftig investiert. Die Einsatzbereitschaft unserer Feuerwehr in Bestwig muss jederzeit gegeben sein!

Das immer noch sehr schwierige Thema bei der Ausweisung weiterer Flächen für die Windenergie hat uns in den letzten Jahren und wird uns auch in 2017 fest im Griff haben. Über die 4. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Bestwig werden wir regelmäßig informiert und eine mögliche Entscheidung wird demnächst auf den Rat der Gemeinde Bestwig zukommen. Für die SPD-Fraktion Bestwig ist hierbei von Bedeutung, dass der finale Beschluss rechtssicher ist, um keine erneuten kostspieligen Planungen vornehmen zu müssen. Im Ergebnis muss dabei bekanntlich genügend substanzieller Raum geschaffen werden und es darf auch keine Verhinderungsplanung vorliegen.

Der Ausbau der Breitbandversorgung wird vehement auch für Bestwig gefordert. Hier sieht die SPD-Fraktion den gemeindeeigenen Anteil in Höhe von 10 Prozent der Investitionskosten als kritisch an. Allerdings gibt es für Kommunen mit Fehlbeiträgen -also wie Bestwig- die Aussicht auf eine komplette Förderung der Ausgaben. Eine derartige Entwicklung würde die SPD in Bestwig außerordentlich begrüßen.

Im Haushaltsjahr 2017 bleiben die Gebühren in Bestwig weitestgehend stabil. Der moderaten Erhöhung bei den Abwassergebühren stehen leichte Absenkungen bei den Müllabfuhrgebühren gegenüber.

Ob sich die Friedhofsgebühren in den nächsten Jahren verteuern werden wird man abwarten müssen, denn die Planungen für den Bestattungswald in Velmede werden in 2017 konkretisiert. Allerdings sind bei der Kalkulation für 2017 schon bestimmte Stellschrauben verändert worden. Der Ansatz der Personalkosten wurde angehoben und auch bei der Unterhaltung und Instandsetzung der Friedhofsflächen ist ein höherer kalkulatorischer Betrag zugrunde gelegt worden. Für den Start des Bestattungswaldes und einem neuen Gebührenmaßstab steht ferner als

finanzielle Sicherheit der Sonderposten „Gebührenaussgleich Bestattungswesen“ zur Verfügung. Die SPD-Fraktion steht der Erweiterung des Bestattungsangebotes positiv gegenüber.

Mit dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung ist eine Änderung der Gemeindeordnung beschlossen worden. Wir hatten ja bereits zu Beginn der heutigen Sitzung über den Antrag der CDU-Fraktion gesprochen. Leider sieht der Gesetzgeber in der Gemeindeordnung keine abweichende Regelung wie in § 46 bei der zusätzlichen Aufwandsentschädigung für die Vorsitzenden der Ausschüsse vor. Vielleicht wäre die Einsparung dann noch ein wenig höher ausgefallen.

Meine Damen und Herren, Sie haben heute von mir Beträge und Zahlen vermisst? Ein Zahlenmensch wie ich vergisst das eigentlich nicht. Namen sind Schall und Rauch heißt es, für mich sind es die Zahlen auch. Mittlerweile - nach dreißig Jahren Ratszugehörigkeit - jedenfalls bin ich da viel gelassener geworden. Außerdem wäre das Defizit nicht kleiner geworden. Und ferner sind die Zahlen des Haushaltsbuches für interessierte Personen ganz transparent auf der Internetseite der Gemeinde Bestwig zu finden. Hoffentlich wird das Angebot rege genutzt.

Ich komme zum Schluss meiner Rede und möchte mich - auch im Namen der Mitglieder der SPD-Fraktion - bei Bürgermeister Ralf Péus und bei Klaus Kohlmann, dem Kämmerer der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit bedanken.

Vielen Dank auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hier im Rathaus für die geleistete Arbeit.

Natürlich auch Ihnen, den Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion und an Julius Hahn von den Piraten hier im Rat der Gemeinde Bestwig, ein aufrichtiges Dankeschön für die Zusammenarbeit. Schön, dass wir uns hier in Bestwig nicht Gedanken über einen Verhaltenskodex machen müssen....

Ich wünsche Ihnen alle gesegnete Weihnachten verbunden mit den besten Wünschen für 2017.

Sodann erteilt **Bürgermeister Ralf Péus** dem **Einzelratsmitglied der Piraten, Herrn Julius Hahn**, das Wort. Dieser hält folgende Haushaltsrede:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

So kurz vor Heiligabend sollte eigentlich bei jedem die Vorfreude auf Weihnachten steigen. Wenn ich mir den Haushalt für das Jahr 2017 so ansehe, kommt bei mir eben keine Vorfreude auf. 1,5 Millionen €, das ist der nüchterne wie ernüchternde Jahresfehlbetrag in der Ergebnisrechnung 2017.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,
bereits in unserer letzten Haupt- und Finanzausschuss Sitzung am 07.12.2016 haben wir alle einstimmig festgestellt, dass kein Einsparpotential mehr gegeben ist. Doch warum ist das Ergebnis dann in diesem Jahr so schlecht? Sind wir gegebenenfalls unehrlich uns selbst gegenüber und erkennen kein Einsparpotential mehr, weil wir keines erkennen wollen? Ich glaube kaum. Natürlich könnten wir freiwillige Leistungen kürzen, doch das kann und darf nicht das Allheilmittel sein. Die größten Positionen des Haushaltes sind von uns nicht beeinflussbar und kommen von außerhalb.

Meine Damen und Herren,
das Thema Schlüsselzuweisungen ist wie in jedem Jahr erwähnenswert. Die Schlüsselzuweisungen sind im Vergleich zu den letzten Jahren wieder gestiegen. Und zwar beachtlich um ca. 155%. Jetzt könnte man natürlich in einen Jubelsturm ausbrechen und denken, dass das Land NRW endlich mal wieder die Kommunen außerhalb der Ballungszentren besser unterstützt. Leider muss ich Sie enttäuschen, dem ist nicht so. Wenn man einen Blick auf die Erträge wirft, sieht man schon, warum das Land uns in diesem Jahr wieder stärker unterstützt. Die Einnahmen bei der Gewerbesteuer sind im Vergleich zum letzten Jahr um 800.000 € gesunken. Nur deswegen haben wir vom Land mehr Schlüsselzuweisungen erhalten.

Das Land NRW ist den Forderungen der Kommunen nicht nachgekommen und hat das Gemeindefinanzierungsgesetz nicht geändert. Immer noch werden Kommunen in den Ballungszentren massiv gegenüber den kleineren kreisangehörigen Kommunen bevorzugt. Um auch in Zukunft handlungsfähig bleiben zu können, benötigen wir endlich eine ausreichende finanzielle Ausstattung vom Land NRW. Bleibt zu hoffen, dass die Landtagswahl 2017 einen Landtag hervorbringt, der sich vermehrt für die kreisangehörigen Kommunen einsetzt.

Der größte Posten auf der Seite der Aufwendungen, die Kreisumlage, ist für uns ebenfalls nicht beeinflussbar. Diese wird nämlich durch den Kreistag des Hochsauerlandkreises bestimmt. Die stetigen Steigerungen, auch in diesem Jahr, wenn auch um „nur“ 0,41% Punkte, geben Anlass, auch einmal hier über den Haushalt des Hochsauerlandkreises zu sprechen. Der Hochsauerlandkreis begründet die Steigerung für das Haushaltsjahr 2017 hauptsächlich mit gestiegenen Personalkosten und mit der Erhöhung der Umlage des Landschaftsverbandes, welche der Kreis zu zahlen hat. Die Personalkosten sind tatsächlich gestiegen, auch hebt der Landschaftsverband seine Umlage an. Allerdings fehlen dem Kreis auch ca. 4,5 Millionen Euro aufgrund des Wegfalls der Dividende aus den RWE-Aktien. Viele Kommunen haben im Jahr 2005 ihre RWE-Aktien verkauft und so ihre Haushalte saniert. Nur der Hochsauerlandkreis musste im Jahr 2009 noch einmal für 30 Millionen Euro Aktien nachkaufen. Damals lag der Kurswert bei 56,50 €. Im September 2015 betrug der Wert gerade einmal noch 9,13 €. Das sind natürlich alles Umstände, die sich zunächst nur auf die Bilanz des Hochsauerlandkreises auswirken. Doch die fehlende Dividende belastet die Ergebnisrechnung. Und dieses Defizit in der Ergebnisrechnung versucht man durch eine Erhöhung der Kreisumlage auszugleichen. Das heißt, dass die Gemeinde und damit auch unsere Bürgerinnen und Bürger die verfehlte Aktienpolitik des Kreises, welche herbe Verluste eingefahren hat, unweigerlich mittragen. Hierfür kritisiere ich die politischen Verantwortlichen deutlich.

Auch hat der Kreis im allgemeinen Haushalt, das heißt ohne Jugendamt, 7,4 zusätzliche Stellen geschaffen. Natürlich hat der Hochsauerlandkreis durch die Flüchtlingssituation eine nicht unerhebliche Mehrbelastung für das Personal zu verzeichnen. Doch das haben wir als Gemeinde auch. Während der Hochsauerlandkreis sein Personal ohne Maß aufstocken kann, steht die Gemeinde mit dem gerade so notwendigen Personal dar. Krankheits- oder Urlaubszeiten können durch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kaum noch aufgefangen werden und bedeuten eine große Belastung.

Ich fordere daher den Kreistag auf, einen genauso harten Sparkurs wie die Gemeinden an den Tag zu legen. Der Kreis nimmt natürlich vielfältige und umfangreiche Aufgaben für uns wahr und benötigt dafür eine adäquate Finanzausstattung. Diese adäquate Finanzausstattung hat der Kreis jedoch. Zwar weist der Kreishaushalt einen Jahresfehlbetrag von ca. 4,1 Millionen Euro aus, dieser kann

jedoch vollständig (!!)) aus der Ausgleichsrücklage gedeckt werden. Der Haushalt des Kreises gilt damit formell als ausgeglichen. Die Ausgleichsrücklage des Kreises weist zum 31.12.2015 einen Betrag von 19,5 Millionen Euro aus! Wenn unsere Ausgleichsrücklage nur ein Zehntel davon betragen würde, dann wären wir damit sehr gut bedient. Stattdessen entnehmen wir unseren Fehlbetrag aus der Allgemeinen Rücklage und zehren damit unser Eigenkapital immer weiter auf. Als Sahnehäubchen bekommen wir dann von der Kommunalaufsicht des Hochsauerlandkreises die Daumenschrauben angelegt. Für Dinge, für die in erster Linie der Hochsauerlandkreis selbst verantwortlich ist.

Meine Damen, meine Herren,
in diesem Jahr wurde auch das Thema Steuererhöhungen angesprochen. Für mich war relativ schnell klar, dass ich Steuererhöhungen nicht mittragen werde. CDU und SPD haben sich ebenso gegen Steuererhöhungen ausgesprochen. Natürlich würden wir durch die Steuererhöhungen den Verlust ein wenig dämpfen können. Aber das war es auch schon. Die 1,7 Millionen Euro sind nicht durch Steuererhöhungen aufholbar. Außerdem möchte ich eine weitere Belastung für unsere Bürgerinnen und Bürger sowie für unsere Gewerbetreibenden vermeiden. Von den weiteren negativen Nebeneffekten mal abgesehen. Wir müssen für Neubürger und potenzielle neue Gewerbebetriebe attraktiv bleiben. Und das schaffen wir nicht, wenn wir die höchsten Hebesätze bei den Gemeindesteuern ausweisen.

Wir müssen vielmehr schauen, was wir tun können, um neues Gewerbe in unserer Gemeinde anzusiedeln. Die Lage am Fuße der A46 dürfte attraktiv sein, ist jedoch längst kein Alleinstellungsmerkmal. Ein Erlass der Gewerbesteuer in den ersten ein bis zwei Jahren könnte beispielsweise neue Gewerbetreibende in die Gemeinde locken. Vielleicht erklären sich die Fraktionen ja dazu bereit, im nächsten Jahr über diese Idee zu diskutieren. Ebenso müssen wir Ideen finden, um einen Leerstand entlang der B7 zu verhindern. Dieses Phänomen war beispielsweise in Freienohl zu beobachten und darf sich in Bestwig keinesfalls wiederholen. Nicht alle Gewerbetreibenden sehen den Autobahn-Weiterbau positiv.

Ein paar Worte zum Investitionsplan, denn Investitionen sind auch bei einer angespannten Haushaltslage sehr wichtig. Besonders erfreuen mich die Investitionen im Bereich der Feuerwehr. So sind für die kommenden Jahre Mittel zur Sanierung der Gerätehäuser in Heringhausen und Velmede-Bestwig eingestellt. Die Sanierung der Gerätehäuser ist hier dringend notwendig. Ebenso werden in den kommenden Jahren ca. eine Million Euro für den Erwerb neuer Feuerwehrfahrzeuge bereitgestellt. Die bisher genutzten Fahrzeuge sind teilweise über 30 Jahre alt und dementsprechend verschlissen. Die Investitionen in diesem Bereich sind daher unerlässlich.

Aber auch die Investitionen in den Schulen und Turnhallen sind unaufschiebbar. Das haben wir spätestens alle im Jahr 2015 während unserer Reise durch das Gemeindegebiet festgestellt.

Auch das Thema Straßensanierungen wird uns in den nächsten Jahren immer weiter beschäftigen. Der Zustand der meisten Gemeindestraßen ist mehr als schlecht. Doch auch hier unternehmen wir bereits das notwendigste. Mehr ist unter den finanziellen Bedingungen einfach nicht drin.

Meine Damen und Herren,
zum Schluss meiner Rede möchte ich mich wie in jedem Jahr beim Bürgermeister Ralf Péus, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung und den beiden Fraktionen für die konstruktive Zusammenarbeit bedanken. Mein besonderer Dank gilt den Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde die sich ehrenamtlich

engagieren Ich wünsche Ihnen allen schöne Weihnachten und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Der Rat der Gemeinde Bestwig beschließt die Haushaltssatzung 2017 mit ihren Anlagen und die Zweite Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2017 in der am 08.11.2016 aufgestellten und bestätigten Fassung und unter Berücksichtigung der in der Tischvorlage Nr. 087/2016 aufgeführten Änderungen sowie den folgenden Ergebnissen aus der Beratung in der Sitzung des Rates der Gemeinde Bestwig am 21.12.2016:

- **Ergänzung der Gesamtübersicht der Konsolidierungsmaßnahmen in der Zweiten Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2017 durch den Beschluss zum Verzicht auf zusätzliche Aufwandsentschädigungen für Ausschussvorsitzende.**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Richtigkeit des Auszuges wird hiermit beglaubigt. Gleichzeitig wird bescheinigt, dass zur Sitzung unter Mitteilung der Tagesordnung vorschriftsmäßig eingeladen worden ist.

Bestwig, den 23.12.2016



Der Bürgermeister
Im Auftrag: